



Kreis Mettmann
Der Kreistag

Sozialausschuss

Es informiert Sie:	Britta Röschmann
Telefon:	02104/99-2162
Fax:	02104/99-5173
E-Mail:	britta.roeschmann@kreis-mettmann.de

Mettmann, den 28.05.2019

Niederschrift

zur Sitzung des Sozialausschusses

Sitzungstermin Montag, den 27.05.2019, 15:00 Uhr

Sitzungsort Kreishaus Mettmann, Düsseldorfer Straße 26, 40822 Mettmann, Zimmer 1.604 (kleiner Sitzungssaal)

Anwesend waren:

Vorsitz

Eleonore Altvater

Mitglieder

Ina Besche-Krastl

Dirk Brixius

Torsten Cleve

Wolfgang Diedrich

Vincent Endereß

Sandra Ernst

Michael Esser

Bernd Falkenau

Karl-Heinz Göbel

Martina Hannewald

Max Kompalik

Ilona Kuchler

Klaus Müller

Sybille Schettgen

Norbert Schreier

Margret Stolz

Bernd Tondorf

Verwaltung

Ammar Abukhater

Marion Bayan

Sabine Bretschneider

Lars Bruß

Annette Geißler
Martin Klemmer
Martin M. Richter
Anke Rodewald
Britta Röschmann
Andrea von der Malsburg
Martina Zach

Gäste

Franz Heuel

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

1. Formalien
 - 1.1. Eröffnung der Sitzung
 - 1.2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
 - 1.3. Feststellung der Anwesenheit
 - 1.4. Feststellung der Beschlussfähigkeit
 - 1.5. Feststellung der Tagesordnung
 - 1.6. Benennung von Berichterstatterinnen / Berichterstattern für den Kreistag
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 25.02.2019
3. Informationen der Verwaltung
4. Informationen aus dem Jobcenter ME-aktiv
5. Achtung! Fertig! Los! 50/005/2019
Ergänzungskonzept zur Verstetigung und Vernetzung der A-F-L Strukturen im Kreis Mettmann
6. Sachstandsbericht des Sozialamtes 50/006/2019
 - 6.1 Umsetzung des Gewaltschutzkonzeptes
 - 6.2 Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes
 - 6.3 Sprach- und Integrationslotsen - aktuelle Entwicklungen
 - 6.4 Förderprogramm KOMM-AN NRW - Rückblick 2018 und Ausblick 2019
 - 6.5 AnFöVO - Bericht und Sachstand
7. Nachträge
 - 7.1. Beteiligung des Kreises Mettmann am Internationalen Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen 50/008/2019
- hier: Antrag der SPD-Fraktion
 - 7.2. Bildungs- und Teilhabepaket 50/009/2019
hier: Anfrage der Fraktion DIE LINKE.

- 7.3. Sozialdatenschutz und Datensicherheit im Zusammenhang mit der Bundesagentur für Arbeit und dem Jobcenter ME-aktiv
hier: Anfrage der Fraktion DIE LINKE. 50/010/2019
- 7.4. Präsentation Teilhabechancengesetz 10/019/2019/1

Nicht öffentlicher Teil

8. Informationen der Verwaltung
9. Nachträge

Öffentlicher Teil

Zu Punkt 1: Formalien

Die stellvertretende Vorsitzende KA Altvater eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Anwesenheit fest. KA Thiele wird durch SB Brixius vertreten, KA Ockel durch KA Göbel und KA Pannes durch KA Müller. Die Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit und die Tagesordnung fest. Die Tagesordnung wurde am 23.05.2019 erweitert um die TOPs 7.1 - 7.3 sowie um den TOP 7.4. Herr Richter erläutert, dass TOP 7.4 vom Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Tourismus in den Sozialausschuss verwiesen wurde. Über den TOP 7.4 soll innerhalb des TOPs 4 vertieft beraten werden. Darüber hinaus wurde zu TOP 4 eine Anfrage gestellt. Als Berichterstatter für den Kreistag zu TOP 5 wird KA Cleve benannt.

Zu Punkt 2: Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 25.02.2019

Die Niederschrift der Sitzung vom 25.02.2019 wird einstimmig genehmigt.

Zu Punkt 3: Informationen der Verwaltung

1. Vorstellung der Abteilungsleitung 50-5

Herr Richter stellt Frau von der Malsburg vor. Sie ist seit dem 01.05.2019 Leiterin der Abteilung Integration, Seniorenförderung, soziale Planung (50-5). Frau von der Malsburg ist ausgebildete Soziologin.

2. Teilhabechancengesetz – kommunaler Passiv-Aktiv-Transfer (PAT)

Mit der Umsetzung des Teilhabechancengesetzes im SGB II besteht die Möglichkeit eines Passiv-Aktiv-Transfers. Dies bedeutet, dass eingesparte Leistungen für den Lebensunterhalt (Regelsatz und KdU) den Eingliederungsmitteln zur Verfügung gestellt werden und somit die zur Verfügung stehenden Mittel erhöhen.

Herr Richter berichtet, dass die kommunalen Spitzenverbände NRW mit dem Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales und der Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit eine gemeinsame Erklärung veröffentlicht haben, die auch die Kommunen ausdrücklich auffordert, den Passiv-Aktiv-Transfer hinsichtlich der eingesparten kommunalen Mittel zu ermöglichen.

Für den Kreis Mettmann kommt eine Beteiligung am PAT dann in Betracht, wenn

- zu dem vorgesehenen Kontingent geförderter Beschäftigungen weitere geförderte Beschäftigungen ermöglicht werden können,

- die dem Jobcenter ME-aktiv zur Verfügung stehenden Mittel im Eingliederungstitel ausgeschöpft sind
- und
- durch das Jobcenter ME-aktiv die konkrete Einsparung bei den passiven Leistungen Unterkunft und Heizung nachgewiesen ist.

3. Landesinitiative Wohnungslosigkeit

Herr Richter berichtet, dass die Wohnungslosigkeit im Kreis Mettmann stark angestiegen ist. Daher kann der Kreis Mettmann an der vom Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales (MAGS NRW) aktuell geplanten „Landesinitiative zur Bekämpfung von Wohnungslosigkeit in NRW“ teilnehmen. Diese sieht vor, dass die zwanzig am meisten betroffenen Städte und Kreise in NRW durch verschiedene Maßnahmen unterstützt werden. Im Kreis Mettmann können bis zu drei zusätzliche Vollzeitstellen durch das MAGS refinanziert werden.

Da das Thema „Wohnungslosigkeit“ eine städtische Aufgabe ist, bei der der Kreis keine eigene Zuständigkeit hat, wurde die Landesinitiative im Rahmen der letzten Sozialdezernentenkonferenz am 09.05.2019 thematisiert und die kreisangehörigen Städte eingebunden.

Geplant ist, dass die drei neuen Stellen den Trägern der vier schon bestehenden Fachberatungsstellen zur Verfügung gestellt werden, die schon ihr Interesse bekundet haben. Eine Antragstellung wird in enger Abstimmung der Fachberatungsstellen mit dem Sozialamt erfolgen. Die Informationen der Landesinitiative zur Bekämpfung von Wohnungslosigkeit in Nordrhein-Westfalen sind als Anlage beigefügt.

4. KDU – aktueller Sachstand zur Erstellung eines schlüssigen Konzepts

Herr Richter informiert, dass bereits im letzten Sozialausschuss über die Erstellung eines schlüssigen Konzeptes berichtet wurde. Die Firma Analyse und Konzepte wurde mit der Erstellung des Konzeptes beauftragt. Der Kreis Mettmann nimmt nunmehr Kontakt zu Klein- und Großvermietern im Kreis Mettmann auf. Im Anschluss sollen anhand der übermittelten Fragebögen die angemessenen Kosten der Unterkunft ermittelt werden. Der Sozialausschuss wird im III. Quartal 2019 erneut über den aktuellen Sachstand informiert.

5. Terminverschiebung Meinungsbildungskonferenz

Herr Richter gibt bekannt, dass die für den 02.07.2019 geplante Meinungsbildungskonferenz auf 16:00 Uhr verschoben werden soll, da ebenfalls am 02. Juli eine bis 16.30 Uhr terminierte Raumperspektive ME in Erkrath stattfindet. An dieser nehmen u.a. auch Mitglieder der MBK teil, so dass durch die Verschiebung auf 16.00 Uhr diese noch die Möglichkeit haben, an dieser Veranstaltung fast bis zum Ende teilnehmen zu können.

Zu Punkt 4: Informationen aus dem Jobcenter ME-aktiv

Herr Heuel berichtet aus dem Jobcenter ME-aktiv.

Entwicklung der Kosten der Unterkunft und Heizung:

Die Kosten der Unterkunft und Heizung konnten im Jobcenter ME-aktiv im Jahr 2018 gegenüber dem Jahr 2017 um 1,5 % gesenkt werden. Die Zielvereinbarung zwischen dem Kreis Mettmann und dem Jobcenter ME-aktiv sieht für das Jahr 2019 eine weitere Senkung um 1 % vor. Die gute Vorjahresentwicklung setzt sich für 2019 jedoch derzeit nicht fort; im Zeitraum Januar bis April liegen die KdU in etwa auf dem Vorjahresniveau. In den Jobcentern des Vergleichstyps sanken sie um 2,7 %. Ursächlich für die Entwicklung im Kreis Mettmann ist der starke Anstieg der KdU beim Personenkreis geflüchteter Menschen in Höhe von 6,3 % gegenüber dem Vorjahr. Dies wiederum ist u.a. darauf zurückzuführen, dass bei diesem Personenkreis eine Integration in den Arbeitsmarkt selten zu einem bedarfsdeckenden Einkommen führt und somit weiterhin Anspruch auf Grundsicherungsleistungen besteht.

Die Entwicklung der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten mit Erwerbseinkommen (mit/ohne Asyl/Flucht) im Jobcenter ME-aktiv wird den Mitgliedern des Sozialausschusses im Vorfeld der nächsten Sitzung des Sozialausschusses durch das Jobcenter ME-aktiv zur Verfügung gestellt.

Entwicklung der Arbeitslosenquote:

Die Arbeitslosenquote entwickelt sich positiv, sie beträgt aktuell ca. 5,5 %, davon entfallen knapp 4 % auf das SGB II, der Rest auf das SGB III.

Im Rahmen einer bundesweiten Qualitätsoffensive in den Jobcentern werden seit April durch eine neu zur Verfügung stehende Software unplausible Kundendatensätze herausgefiltert und überprüft. Diese Anpassung der Kundendatensätze führt zu einmaligen statistischen Effekten hinsichtlich des Bestandes arbeitslos gemeldeter Personen im SGB II.

Bestand der Widersprüche:

Der mit den Trägern des Jobcenters ME-aktiv vereinbarte Abbau des Bestandes unerledigter Widersprüche kommt deutlich voran und konnte mit Datum 30.04.2019 auf ca. 2.200 gesenkt werden. Ziel ist es weiterhin, den Bestand bis Ende des III. Quartals 2019 auf ca. 1.000 zu senken und damit den Durchschnitt aller gE in NRW im Verhältnis Anzahl unerledigter Widersprüche zur Anzahl Bedarfsgemeinschaften von 5,3 % zu erreichen.

Umsetzungsstand des Teilhabechancengesetzes:

Herr Heuel berichtet von der Umsetzung des Teilhabechancengesetzes. Das Projektteam ist mit vier Integrationsfachkräften und zwei Mitarbeitern aus dem Arbeitgeberservice voll personalisiert, die Projektleitung hat Frau Hilden übernommen. Bisher konnten 80 Arbeitsverträge geschlossen werden, weitere 35 Anträge wurden gestellt und werden bearbeitet. Ziel ist es, 250 Arbeitsverhältnisse über das Teilhabechancengesetz zu realisieren. Der Anteil von über das Teilhabechancengesetz eingestellten Frauen liegt bei 44 %. Herr Heuel ist optimistisch, dass der Anteil zukünftig gesteigert wird.

Die durch den Passiv-Aktiv-Transfer möglicherweise eingesparten Mitteln können für weitere Arbeitsverhältnisse im Rahmen des Teilhabechancengesetzes eingesetzt werden.

Modellprojekt Rehapro:

Gemeinsam mit dem Jobcenter Düsseldorf plant das Jobcenter ME-aktiv, ein Haus der Gesundheit in Düsseldorf-Rath zu gründen. Hier sollen Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen so unterstützt werden, dass sie in den Arbeitsmarkt integriert werden können. Der Start ist derzeit unklar, da der Zuwendungsbescheid noch nicht vorliegt. Geplant ist der 01.10.2019. Das Jobcenter ME-aktiv schafft durch das Haus der Gesundheit 3,5 weitere Vollzeitäquivalente (VZÄ).

Anfrage der Fraktion DIE LINKE.:

Herr KD Richter berichtet, dass die Anfrage der Fraktion DIE LINKE. die Verwaltung am Donnerstagabend (23.05.2019, 17.26 Uhr) erreicht hat. Da am Freitag ein großer Teil der Belegschaft nicht im Haus war, konnte eine Einstellung in Session bisher nicht erfolgen.

Herr KD Richter führt ferner aus, dass die Anfrage inhaltlich in der Meinungsbildungskonferenz beraten werden sollte.

KA Küchler erklärt sich damit einverstanden.

Frau KA Küchler bittet in diesem Zusammenhang die GF des Jobcenters die in der Vergangenheit enthaltenen Informationen u.a. zu Personalsituation und Gesundheitsquote wieder in den Sachstandsbericht aufzunehmen. Herr Heuel sagt dieses zu.

Herr Heuel informiert, dass dem Jobcenter ME-aktiv derzeit 459 VZÄ zur Verfügung stehen, mit Stand vom 12.05.2019 sind 435 VZÄ besetzt und 24 VZÄ unbesetzt. Das Jobcenter ME-

aktiv ist in einem ständigen Rekrutierungsprozess, sodass aktuell zehn neue Arbeitsverträge kurz vor dem Abschluss stehen.

Nachtrag: Die Gesundheitsquote im JC ME aktiv liegt aktuell bei 90,4 %.

**Zu Punkt 5: Achtung! Fertig! Los!
Ergänzungskonzept zur Verstetigung und Vernetzung der A-F-L Strukturen im Kreis Mettmann
- Vorlage Nr. 50/005/2019**

Das Projekt Achtung! Fertig! Los! (AFL) wird kreisweit umgesetzt und richtet sich an junge Menschen bis 25 Jahre, die durch alle Zuständigkeiten (Jugendhilfeträger, Landschaftsverband Rheinland, Jobcenter ME-aktiv) zu fallen drohen. U.a. hat der Gesetzgeber für diese Thematik auch den § 16 h SGB II geschaffen.

Das Projekt AFL stellt eine freiwillige Leistung des Kreises Mettmann dar. Jährlich werden etwa sechs bis acht Personen betreut, sodass die dafür aufzuwendende Summe überschaubar ist. Für das Jahr 2020 wird der ermittelte Betrag in der Haushaltsplanung berücksichtigt. Ein Sachstandsbericht wird für das II. Quartal 2020 geplant.

In das Projekt ist neben dem Kreissozialamt auch das Kreisgesundheitsamt fachlich eingebunden.

Herr Esser wirbt in diesem Zusammenhang dafür, bei Ausschreibungsverfahren des Jobcenters über das REZ (Regionales Einkaufszentrum) die Trägerstruktur stärker zu berücksichtigen und nicht nur anhand des Preises zu entscheiden. Grund ist, dass einige Wohlfahrtsverbände an Tarifvereinbarungen gebunden sind, während andere Träger niedrigere Stundenlöhne zahlen können. So erfolgte die Vergabe des 16h-Projektes des Jobcenters an einen überregionaler Träger.

Herr Richter entgegnet, dass regelmäßig Gespräche mit den Geschäftsführern der Wohlfahrtsverbände stattfinden und der Fokus nicht allein auf dem Stundensatz liegen darf. Die öffentliche Hand soll jedoch ausdrücklich nicht in tariflichen Situationen eingebunden werden. Der Träger soll vielmehr auch in das Sozialgefüge des Kreises Mettmann eingebunden und nicht exklusiv sein.

SB Brixius bittet bei den Ausschreibungen auch aufzuführen, das die Konfessionszugehörigkeit kein Kriterium bei der Einstellung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sein darf.

Beschlussvorschlag:

Der Sozialausschuss empfiehlt dem Kreistag, für die Personengruppe der jungen Menschen mit persönlichen Problemlagen ein Sicherheitsnetz in Höhe von jährlich 42.523,52 Euro ab dem Jahr 2020 zu etatisieren und dem A-F-L-Trägerverbund zur kreisweiten Aufgabenwahrnehmung zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

**Zu Punkt 6: Sachstandsbericht des Sozialamtes
6.1 Umsetzung des Gewaltschutzkonzeptes
6.2 Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes
6.3 Sprach- und Integrationslotsen - aktuelle Entwicklungen
6.4 Förderprogramm KOMM-AN NRW - Rückblick 2018 und Ausblick 2019
6.5 AnFöVO - Bericht und Sachstand
- Vorlage Nr. 50/006/2019**

6.1 Umsetzung des Gewaltschutzkonzeptes

Herr Richter erläutert die Vorlage.

Er ergänzt, dass die Gleichstellungsbeauftragten der ka Städte gebeten wurden, die Versorgungssituation in ihrer Stadt zu beschreiben. So können Regelungs- und Versorgungslücken erkannt und ggf. geschlossen werden. Die Antworten werden von Frau Jeschke zusammengestellt und am 13.06. in der Konferenz der Gleichstellungsbeauftragten, soweit sich aus den Ergebnissen Entwicklungen ergeben, vorgestellt. Im Sozialausschuss wird über diese Ergebnisse im III. Quartal 2019 berichtet. Herr Kreisdirektor Richter sichert zu, dass bei der Überarbeitung des Gewaltschutzkonzeptes die Maßgaben der Istanbul-Konvention einfließen werden.

6.2 Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes

Herr Richter berichtet, dass die Anzahl der Fälle, die aufgrund des BTHG für die Gewährung existenzsichernder Leistungen ab 1.1.2020 vom LVR in die Zuständigkeit des örtlichen Sozialhilfeträgers übergehen, aktuell von 1.100 auf 1.200 korrigiert wurde.

Da die Bearbeitung der existenzsichernden Leistungen im SGB XII verankert ist, sind diese Fälle nicht von der Delegation ausgenommen, so dass die Sachbearbeitung in den kreisangehörigen Städten erfolgt. Einer Änderung der Heranziehungssatzung des Kreises Mettmann bedarf es nicht.

Die kreisangehörigen Städte wurden bereits stadtscharf über die Anzahl der zu übernehmenden Fälle informiert, damit die entsprechende Personalplanung für die ka Städte möglich ist.

6.3 Sprach- und Integrationslotsen – aktuelle Entwicklungen

Herr Richter erläutert die Vorlage.

Herr Esser ergänzt, dass aktuell ca. 70 Sprach- und Integrationslotsen für den Caritasverband im Kreis Mettmann aktiv sind. Die genaue Zahl kann nur tagesscharf angegeben werden, da ständig neue Lotsen ausgebildet werden oder Lotsen in die berufstätig wechseln und ihr Ehrenamt niederlegen. Der Caritasverband spricht gezielt Personen an, wenn zusätzliche Sprachen benötigt werden.

6.4 Förderprogramm KOMM-AN NRW

Herr Richter erläutert die Vorlage.

6.5 AnFöVO

Herr Richter erläutert die Vorlage. Er ergänzt, dass die Einführung der zweiten AnFöVO, nach gerade einmal zwei Jahren in-Kraft-sein, zu großer Verunsicherung bei den Leistungsanbietern geführt hat. Durch die Änderungen, z. B. Wegfall der Anerkennung von Basisqualifikationen, wird allgemein ein Qualitätsverlust befürchtet.

Die Aussage des damaligen MGEPA, dass der Übergang der Zuständigkeit auf die Kreise und kreisfreien Städte durch einzunehmende Gebühren kostenneutral sein wird, hat sich nicht bestätigt.

Zu Punkt 7:	Nachträge
--------------------	------------------

Zu Punkt 7.1:	Beteiligung des Kreises Mettmann am Internationalen Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen - hier: Antrag der SPD-Fraktion - Vorlage Nr. 50/008/2019
----------------------	--

KA Kompalik erläutert den Antrag.

KA Kuchler wirbt dafür, Aktionen zu planen, die das Thema kontinuierlich in den Fokus rücken und generell für das Thema „häusliche Gewalt gegen Menschen“ zu sensibilisieren, da auch Männer betroffen sein können.

Beschluss:

Der Kreis Mettmann beteiligt sich auch 2019 aktiv am Internationalen Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen am 25. November.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 7.2: Bildungs- und Teilhabepaket hier: Anfrage der Fraktion DIE LINKE. - Vorlage Nr. 50/009/2019

Die Antwort zur Anfrage der Fraktion DIE LINKE. wurde als Tischvorlage ausgelegt.

Zu Punkt 7.3: Sozialdatenschutz und Datensicherheit im Zusammenhang mit der Bundesagentur für Arbeit und dem Jobcenter ME-aktiv hier: Anfrage der Fraktion DIE LINKE. - Vorlage Nr. 50/010/2019
--

Die Antwort zur Anfrage der Fraktion DIE LINKE. wurde als Tischvorlage ausgelegt.

Zu Punkt 7.4: Präsentation Teilhabechancengesetz - Vorlage Nr. 10/019/2019/1

Herr Richter erläutert, dass der Antrag vom AWKT in den Sozialausschuss verwiesen wurde. Da viele Themen mehrere Ausschüsse tangieren, ist die Verwaltungen mit Doppelberatungen sehr vorsichtig. Herr Richter sieht für das Thema keine gemeinsame Sitzung von Sozialausschuss und AWKT. Das Teilhabechancengesetz wurde der IHK vorgestellt, welche es wiederum bei Vertretern der freien Wirtschaft platziert. Der AWKT hingegen hat keine Schnittstelle zur freien Wirtschaft. Der Sozialausschuss wird auch zukünftig über das Teilhabechancengesetz informiert.

SB Ernst erläutert, dass mit dem Antrag gewünscht wird, zwei Personen aus dem Team Teilhabechancengesetz einzuladen um den aktuellen Sachstand vorzustellen.

Herr Richter sichert zu, dass für den nächsten Sozialausschuss zwei Vertreter eingeladen werden.

Beschluss:

Ergebnis der Beratungen des Ausschusses für Wirtschaftsförderung, Kultur und Tourismus vom 16.05.2019:

Der Antrag wurde einstimmig in die Sitzung des Sozialausschusses am 27.05.2019 verwiesen.

Zum Inhalt wird auf den beigefügten Antrag verwiesen.

Antrag: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 02.05.2019.

Abstimmungsergebnis: zur Kenntnis genommen

Nicht öffentlicher Teil

[...]

Ende der Sitzung: 17:01 Uhr

gez.
Eleonore Altvater

gez.
Britta Röschmann